

Wolgograd wählt: Ergebnisse einer Beobachtermission in der russischen Provinz

Krüger, Sandra; Schröder, Hans-Henning; Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krüger, S., Schröder, H.-H., & Timmermann, H. (1996). *Wolgograd wählt: Ergebnisse einer Beobachtermission in der russischen Provinz*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 2/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45981>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wolgograd wählt

Ergebnisse einer Beobachtermission in der russischen Provinz

Zusammenfassung

In Wolgograd, dem früheren Stalingrad, wurden - wie in der ganzen Russischen Föderation - am 17. Dezember 1995 Wahlen zur Staatsduma durchgeführt. Mit dem Geschehen in der Hauptstadt hat der lokale Wahlkampf nur vermittelt zu tun. Die örtlichen Parteiorganisationen entwickeln teilweise eigene Profile, die mit den Vorgaben ihrer Moskauer Zentralen häufig wenig zu tun haben. Das soziale Klima ist ganz wesentlich durch die Krise der regionalen Schwerindustrie bestimmt, und dementsprechend stark sind rechte und linke oppositionelle Strömungen. Der Wahlprozeß war gut organisiert und erfüllte die Bedingungen einer "freien und fairen Wahl". Es ist allerdings nicht ganz auszuschließen, daß bei der Weiterverarbeitung der Ergebnisse oberhalb der Wahlkreise Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind. Sieger wurde in Wolgograd mit 31 % (offizielle Angaben) die KPRF Sjuganows. Tschernomyrdins "Unser Haus Rußland" erzielte trotz massiver Unterstützung durch Gouverneur und Exekutive mit 10,3% ein eher mäßiges Ergebnis.

Zur Region: Das Gebiet Wolgograd

Das Gebiet (oblast') Wolgograd ist mit einer Fläche von 112.000 km² mehr als dreimal so groß wie Nordrhein-Westfalen, hat aber nur 2,695 Millionen Einwohner gegenüber 17 Millionen des westdeutschen Bundeslandes. Das Gebiet ist damit vergleichsweise dünn besiedelt (24 Einwohner auf 1 km², gegenüber 499 in NRW). Die Bevölkerung besteht zu 89% aus Russen, doch leben in der Region auch Angehörige anderer Nationalitäten (Ukrainer 3%, Kasachen 1,6%, Deutsche 1%, Belorussen 0,6%, Tschetschenen 0,4% et al.). Die demographische Entwicklung der letzten Jahre ist negativ, und der natürliche Bevölkerungsrückgang wird nur dadurch ausgeglichen, daß Flüchtlinge aus dem "nahen Ausland" sowie Umsiedler aus anderen Teilen Rußlands zuziehen (1994 insgesamt 36.700). Der nordöstliche Teil des Gebiets gehörte bis 1941 zur Autonomen Republik der Wolgadeutschen. Heute leben jedoch nur noch 28.000 ethnisch Deutsche im Gebiet Wolgograd.

Das wirtschaftliche Profil des Gebiets wird traditionell von Großindustrie und von Agrarproduktion bestimmt.¹ Die Erzeugung von Investitionsgütern dominiert - 85 % der Industriebetriebe stellen Produktionsgüter her. Vielfach handelt es sich dabei um Rüstungsbetriebe. Im Kontext der Transfor-

¹

Vgl. zum folgenden die Zahlen des Gebietskomitees für Statistik, in: Wolgogradskaja pravda, 26.10.1994 und 25.10. 1995. Ergänzend herangezogen wurden die präzisen Angaben in den Unterlagen einer Konferenz Wolgograder Politiker und Wissenschaftler vom November 1995. (Betreuung: E. Mel'ničenko) sowie Materialien der Wolgograder Abteilung des Russischen Gesellschaftspolitischen Zentrums (Leiter: I. Černov).

mationskrise und der rasch sinkenden Verteidigungsausgaben sind diese Branchen in eine schwere Krise geraten. Das Wolgograder Traktorenwerk etwa, Symbol der Industrialisierung in den 30er Jahren und später des Stalingrader Abwehrkampfes, produziert heute bei einer Kapazität von 78.000 Schleppern nur noch 6.000 Einheiten. Auch die Landwirtschaft hat gelitten. Der durchschnittliche Ertrag der Getreidekulturen fiel von 12,4 Doppelzentner 1994 auf 7 Doppelzentner 1995. Die Zahl der landwirtschaftlichen Privatbetriebe im Gebiet Wolgograd ist nach einer Wachstumsphase bis 1992 inzwischen wieder rückläufig. Zwar ist die Arbeitslosenquote mit 1,5% noch gering. Jedoch bleibt die Hälfte der Betriebe teilweise monatelang mit den Lohnzahlungen im Verzug, oder sie zahlen überhaupt nicht mehr. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die Kosten staatlicher Dienstleistungen 1995 gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um das Dreifache anstiegen. Dabei wurde Gas fünfzehnmal teurer, Fahrten im öffentlichen Nahverkehr sechsmal und die Mieten fast viermal. Angesichts solcher Preissteigerungen sanken die realen Einkommen 1995 nochmals um 23%. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat daher seit mehreren Jahren mit großen materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. So kann es nicht überraschen, daß sie sich auf jene Kräfte orientiert, die - wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) und die Liberal-Demokratische Partei Rußland (LDPR) - scharfe Kritik an den Regierungen im Zentrum und vor Ort üben, die für die Misere verantwortlich gemacht werden.

Gleichwohl sind Ansätze für einen Wandel in den Bereichen Rohstoffe, Industrie, Finanzwesen und Dienstleistungen vorhanden. Den dynamischsten Sektor bildet dabei die Förderung und Verarbeitung von Erdöl, das im Wolgograder Gebiet reichlich vorhanden, jedoch schwer zugänglich ist. Die Förderung soll kurzfristig auf 5 Mio. t gesteigert werden, so daß der Anteil der Energie-Exporte, der bereits heute 68% der Ausfuhren ausmacht, noch weiter zunehmen wird. Monopolist bei Ausbeutung, Verarbeitung und Export ist die Wolgograder Filiale der Lukoil-Gesellschaft, des größten Konzerns der Erdöl-Branche in Rußland. Vermutlich bestehen enge Interessenverflechtungen zwischen der von Vertretern der "Unser Haus Rußland"-Bewegung dominierten Gebietsexekutive und der Lukoil-Gruppe, die mit ihren Werbetafeln in Wolgograd vielfach Flagge zeigte.

Offensichtlich vollziehen sich auf der Ebene des Wolgograder Gebiets ähnliche Prozesse wie im Zentrum: Starke Interessengruppen aus Wirtschaft und Finanzen beeinflussen Politik und Ökonomie über verschiedene Kanäle in weit größerem Maße als Parteien und Bewegungen. In Wolgograd sind dies - zugespitzt ausgedrückt - alte Industriebranchen und Landwirtschaft mit den ihnen nahestehenden Formationen KP und Agrarpartei auf der einen sowie neue Industriekerne, Erdölsektor und Finanzkapital mit der ihnen verbundenen Wahlbewegung "Unser Haus Rußland" (Nasch Dom-Rossija = NDR) auf der anderen Seite. Beide Seiten sind letztlich nicht an Konfrontation, sondern an Kompromissen interessiert - auch die KP, die in der Wählerschaft starken Rückhalt hat. Garant für einen solchen Interessenausgleich ist die Exekutive, die mit ihrem Zugriff auf Verwaltung, Wirtschaft und Medien über die eigentliche Macht im Gebiet verfügt. Ihr Chef ("Gouverneur") Schabunin betrieb als Vorsitzender von "Unser Haus Rußland" eifrig Wahlkampf für seine Bewegung, doch stellte seine Kampagne die Themen Stabilität und Ordnung in den Vordergrund. Die Gegenposition zur Administration nimmt die KPRF ein. Bereits Anfang Oktober 1995 erang sie bei den Wahlen zur örtlichen Duma 22 der 24 Stadtratssitze.

Die Organisation der Wahlbezirke und Wahlvorbereitung

Das Gebiet Wolgograd umfaßte für die Dumawahl 1995 vier Wahlkreise, in denen jeweils ein Direktmandat vergeben wird. Die Wahlkreise sind ihrerseits in territoriale Einheiten (Bezirke, Rayons) untergliedert, die für die Organisation der Wahllokale zuständig sind. Auf jeder dieser Ebenen gibt es Wahlkommissionen. Von entscheidender Bedeutung sind die vier Kreiswahlkommissionen, in denen die Einzelmandate vergeben werden und die ihre Ergebnisse direkt an die Zentrale Wahlkommission in Moskau weiterleiten. Ihnen unterstehen jeweils mehrere territoriale Wahlkommissionen (im Falle des Wahlkreises 71 "Central'nyj" fünf Kommissionen) und eine Vielzahl von Kommissionen in den Wahllokalen (im Falle Wahlkreis 71 "Central'nyj" 230 Kommissionen).

Die Gebietswahlkommission hat im Rahmen der Dumawahlen keine eigentliche Funktion, sondern ist mit technischer Unterstützung, Koordinierung und Finanzierung befaßt. Sie ist im Gebiet Wolgograd

die einzige Kommission, die über einen Computer verfügt, der bei der Dumawahl 1995 jedoch nicht zum Einsatz kam. Die Verbindung zwischen den Kommissionen verschiedener Ebenen erfolgt durch Telefon und Kurier. Die Kommunikation mit der Zentralen Wahlkommission in Moskau erfolgt telefonisch sowie durch Telegraf. Die technische und finanzielle Ausstattung der Kommissionen ist schlecht. Es gibt kaum Kopiermöglichkeiten, nur die Gebietsverwaltung scheint über ein Faxgerät zu verfügen. Berechnungen werden mit Taschenrechnern und auf Papier durchgeführt. Dennoch verlief die organisatorische Vorbereitung der Dumawahl ohne grundlegende Probleme. Alle beobachteten Wahllokale waren mit dem notwendigen Inventar (Kabinen, Urnen, Stahlschränke) ausgestattet, die Wählerlisten lagen vor, überall waren in ausreichender Zahl Stimmzettel vorhanden. Die Bewachung der Wahllokale durch Miliz vor und während des Abstimmungsprozesses und der Transport der Wahlunterlagen in die übergeordneten Kommissionen nach Abschluß der Auszählung waren gewährleistet. Daß die Organisation - bei kleineren Unregelmäßigkeiten - im großen und ganzen reibungslos funktionierte, ist zweifellos der Tatsache zuzuschreiben, daß in Rußland seit 1989 regelmäßig reguläre Wahlen durchgeführt werden und die Behörden in der Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen eine erhebliche Praxis haben.

Kandidatenaufstellung und Wahlkampf

Im Vorfeld der Wahl gab es bei der Registrierung der Bewerber für die Direktmandate offensichtlich eine Reihe von Problemen. Im Wahlkreis No. 71 wurde von 24 Bewerbern zunächst nur einer (der Unabhängige Ignatjew) aus formalen Gründen abgelehnt. Die Ablehnung wurde jedoch durch Gerichtsbeschluß aufgehoben. Bei sechs weiteren Bewerbern, die die Kreiswahlkommission trotz kleiner formeller Fehler zugelassen hatte, intervenierte die Gebietswahlkommission. Die Zentrale Wahlkommission in Moskau schloß sich jedoch der Entscheidung der Kreiswahlkommission an. Ein weiterer Kandidat, Oberst Skopenko, der im 8. Armeekorps für Erziehungsfragen zuständige Offizier, zog seine Bewerbung freiwillig zurück. Es steht zu vermuten, daß der Kommandeur des 8. Armeekorps, Rochlin, der auf der Föderationsliste von NDR an dritter Stelle hinter Tschernomyrdin kandidierte, Druck auf seinen Untergebenen ausgeübt hat, damit dieser dem Kandidaten von NDR im Wahlkreis, Alexander Polischtschuk, den Weg freimachte.

Größere Probleme hat es bei der Registrierung der Kandidaten in der Stadt Wolshskij gegeben. Insgesamt wurden acht Bewerber abgelehnt - in der Regel mit dem Vorwurf, die vorgelegten Unterschriften seien gefälscht. Sechs von den abgelehnten Bewerbern wurden durch Gerichtsbeschluß zugelassen. In den anderen Fällen intervenierte die Gebietswahlkommission zugunsten der zurückgewiesenen Kandidaten. Ob hinter der Ablehnung politische Motive standen, war nicht auszumachen. Die daraufhin befragten Parteivertreter unterstellten der Kreiswahlkommission in Wolshskij allerdings Inkompetenz und politische Einseitigkeit. Die Nichtzulassung von Kandidaten hatte im übrigen in jedem Fall die Konsequenz, daß die betroffenen Bewerber die ihnen eigentlich zustehenden staatlichen Gelder und die Werbezeiten in den lokalen Medien zunächst nicht in Anspruch nehmen konnten. Insgesamt scheint es allerdings, daß die Wahlkampfgelder mit Verspätung ausgezahlt wurden. Ob die Administration eine Reihe von Wahlkommissionen aufgelöst und neu zusammengestellt hat, wie die Vertreterin der KPRF unterstellte, konnte nicht nachgeprüft werden.

Wahlwerbung wurde hauptsächlich über Radio und Fernsehen betrieben. Auf den Straßen gab es zwar Plakate, aber längst nicht von allen Parteien. Großflächig warb nur NDR. Von den anderen Parteien wurde kritisiert, daß die Stadtverwaltung diesem Wahlblock den Löwenanteil der Werbeflächen zur Verfügung gestellt habe, so daß den übrigen kaum Platz für ihre Plakatierung blieb. In Gesprächen wurde allerdings auch deutlich, daß die Werbung von NDR als zu aggressiv empfunden wurde. Straßenwahlkampf fand im Beobachtungszeitraum angesichts der eisigen Winterkälte kaum statt. Lediglich Jabloko und die Kommunisten praktizierten dies in gewissem Maße. Letztere hatten, nach altem Muster, an zentraler Stelle an der Heldenallee einen Agitationsstand errichtet, der jedoch nur geringen Zulauf fand. Die KPRF organisierte auch Versammlungen in den Betrieben und sandte Vertreter in die Vororte, die von Haus zu Haus gingen. Eine interessante Variante von Wahlwerbung praktizierte in Wolgograd der Block Swjatoslaw Fedorows, des Augenchirurgen, der in Wolgograd eine Zweigklinik führt. Gestützt auf die Patientenkartei wurde gezielt persönlich adressiertes Wahlwerbematerial verschickt.

Die Administration wahrte im Wahlkampf im übrigen keineswegs die gebotene Neutralität. Gouverneur Schabunin, zugleich Vorsitzender von NDR, setzte seine Amtsautorität öffentlich für seinen Block ein. Er gab entsprechende Interviews in der Presse und rührte noch am Samstag - nach dem offiziellem Schluß des Wahlkampfes - im örtlichen Fernsehen auf einer Festveranstaltung des Sportklubs ROTOR als Hauptredner die Werbetrommel. Der Vorsitzende von ROTOR kandidierte für NDR. Interessanterweise war auch der Vorsitzende der Gebietswahlkommission anwesend. Der Administration wurde von Vertretern verschiedener Parteien auch vorgeworfen, daß sie Druck auf Geldgeber und Unterstützer ausübe. So erklärten KRO-Sprecher, daß lokale Geschäftsleute dem Wahlblock nur heimlich Geldspenden zukommen ließen, da die Administration sie mit Repressalien bedroht hatte, falls sie Konkurrenten von NDR unterstützten. Dieser Vorwurf fand seine Bestätigung in einer Zeitungsmeldung in den "Oblastnye vesti".² Die Zeitung berichtete, der Direktor des OKB Roboty (Sonderkonstruktionsbüro Roboter, vermutlich ein Rüstungsunternehmen) beklage sich, daß sein Betrieb - nachdem er Ruzkoj, den Führer von Dershawa, bei sich beherbergt hatte - u.a. von der Steuerinspektion und der Abteilung für Wirtschaftsverbrechen überprüft worden sei. Der Direktor unterstellte, dies würde von dem stellvertretenden Gouverneur Kiritschenko betrieben.

Das Parteienspektrum in Wolgograd

Die für viele schwierige Frage, für wen sie denn nun stimmen sollten, hatte stark mit der Konturlosigkeit der Parteien zu tun. Das, was der Normalbürger über die Medien von den zahlreichen Parteien und Kandidaten erfuhr, ließ allgemein den Eindruck entstehen, "die wollen doch alle nur das Gleiche" - nämlich Macht, Posten und Geld. Manche machten daraus ein Spiel: Die Zeitschrift "Argumenty i fakty" veröffentlichte eine Synopse mit Aussagen von Politikern der wichtigsten Parteien, darunter eine kurze Charakterisierung des jeweiligen Wahlprogramms. Diese wurden im kleinen Kreis vorgelesen, und die Anwesenden mußten den dazugehörigen Politiker oder die Partei erraten. Das Ergebnis war: allgemeine Ratlosigkeit. Alle Parteien sprachen sich für Demokratie, Marktwirtschaft, eine bessere Zukunft, effektive Bekämpfung der Kriminalität sowie für ein starkes und großes Rußland aus.

Charakteristische Unterschiede gab es allerdings im Erscheinungsbild der einzelnen Parteivertreter. So residierte die Vorsitzende der "Frauen Rußlands", bis zu ihrer Pensionierung Stellvertreterin des Vorsitzenden der Administration (Arbeitsgebiet: soziale Fragen), im Hinterzimmer einer Sozialbehörde. Durch einen nackten Gang und ein enges Büro mit großem Leninporträt gelangte man in einen Salon mit Blümchentapeten, quasiexpressionistischen Ölbildern und einer Polstergruppe in Gelbtönen, von dem aus die "Frauen Rußlands" ihren Wahlkampf führten. Der "Kongreß russischer Gemeinden" (KRO) residierte im Gewerkschaftshaus, da der örtliche Führer eine hohe Funktion in den Gewerkschaften einnahm. Die eigentliche Wahlkampfleitung bestand aus zwei jungen Männern in legerer westlicher Kleidung, die ein wenig zu ostentativ mit Computer und Handy operierten. Der Bevollmächtigte, ein ehemaliger Afghanistankämpfer, thronte in einem ledernen Chefessel hinter dem Schreibtisch und demonstrierte mit Genuß seine Chefrolle. "Unser Haus Rußland" (NDR) hatte eine Wahlkampfzentrale in einem Wirtschaftsgebäude südlich des Zentrums. Die Mitarbeiter des Wahlkampfstabes waren westlich gekleidet - nicht leger wie die KRO-Leute, sondern wie smarte junge Geschäftsleute - Jacketts mit kleinen Karos oder Nadelstreifen, farbige Hemden, passende Krawatten. Die Räume waren mit Nationalflaggen, Plakaten, Computer und Telefonen wie amerikanische Wahlkampfbüros aufgemacht. Die Vielfalt und die Qualität des Werbematerials war beachtlich. Die PRES wiederum hatte ihr Büro im Hinterzimmer der "Kosakenbank", stand in Wolgograd aber eher auf verlorenem Posten.

Als Problem erwies es sich, Kontakt mit der örtlichen Organisation von "Jabloko" aufzunehmen. Da sie telefonisch nicht erreichbar war, suchten wir sie unter der angegebenen Adresse in einem großen Häuserblock in der Nähe des Zentrums auf. Nach längerem Umherirren stolperten wir in einen großen Keller, in dem laut Aushang der Städtische Jugendfonds residierte. Im Kellergang warben drei große Parteiplakate für die Sozialdemokraten, die Partei der Biertrinker und die Republikanische Partei. Es stellte sich heraus, daß dies die Basis der örtlichen Sozialdemokraten war, die aber vor Ort Jabloko unterstützten. Das Parteibüro der KPRF lag ebenfalls im Souterrain eines Wohnhauses.

2

Oblastnye vesti (Wolgograd), 15.12.1995, S. 2.

Immerhin war es leicht zu finden, da vor dem Haus eine rote Fahne wehte und neben der Tür ein altes großes Schild "Gebietsbüro der KP" hing. Die örtliche Spitzenkandidatin, Frau Aparina, stach deutlich von den anderen Parteivertretern ab: eine handfeste, grauhaarige Pragmatikerin, die sich in der Staatsduma auf sozialpolitische Fragen spezialisiert hatte. Der Kandidat der LDPR, der am Telefon sehr aggressiv erschienen war (Um ein Gespräch gebeten, fragt er zunächst: "Sind Sie Jude?"), erwies sich als ein freundlicher Endzwanziger, der eine realistische Einschätzung der sozialen Lage mit etwas wirren Ideen über Freimaurerei verband.

Die Wahlergebnisse

Der Abstimmungsprozeß selbst ging in Wolgograd, soweit zu beobachten, ordnungsgemäß und ohne Störungen vor sich. Laut Angabe des Vorsitzenden der Gebietswahlkommission stimmten in allen vier Wahlkreisen 1.348.326 von 1.938.351 Wahlberechtigten ab (69,5%). Die Direktmandate errangen die drei Kandidaten der KPRF bzw. der von den Kommunisten gestützte Kandidat der Agrarpartei. Auch bei den Listenwahlen lag die KPRF deutlich an der Spitze:³

Parteien/Blöcke	Vorläufiges Ergebnis	Amtliches Endergebnis	
	in %	in %	absolut
KPRF (Sjuganow)	34	31	339.000
LDPR (Shirinowskij)	16	15,5	170.000
Nasch Dom-Rossija/Unser Haus Rußland	11	10,3	113.000
Jabloko (Jawlinskij)	10	7,6	83.000
Shenschtschiny Rossii/Frauen Rußlands	3,9	3,9	43.000
Agrarpartei	3,8	3,8	43.000
KRO (Skokow, Lebed)	?	4,3	47.000

Bei diesen Ergebnissen fallen einige Unstimmigkeiten auf. Zum einen weichen das vorläufige und das endgültige Ergebnis der Wahlen im Gebiet Wolgograd punktuell nicht unerheblich voneinander ab. Zum anderen stimmen die Angaben über die Wahlbeteiligung auf Gebietsebene (69,5%) nicht mit denen über die Wahlbeteiligung im Central'nyj okrug überein (laut Angabe in den Protokollen zwischen 55% und 63%). Dafür sind verschiedene Gründe denkbar. Zum einen könnte es sich tatsächlich um einen Rechenfehler handeln. Das ist jedoch wenig wahrscheinlich, da die Angaben jeweils in der Territorialkommission, in der Kreiswahlkommission und in der Gebietswahlkommission geprüft werden. Denkbar wäre ferner, daß auf Gebietsebene geschlossene Wahlkreise (etwa aus den Streitkräften) oder Wahlergebnisse aus dem Ausland zugeschlagen werden (Die Abstimmungsergebnisse aus den Streitkräftegruppen in der GUS und aus den Botschaften, in denen die Auslandsrussen abstimmen, werden bestimmten Wahlkreisen zugerechnet.). Dann würde das zu Korrekturen des Wolgograder Ergebnisses führen. Das würde allerdings auch in einem Rahmen von 2-3% Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, da diese Ergebnisse durch die Kreiswahlkommissionen nicht überprüfbar sind. Die unerklärlich hohe Wahlbeteiligung auf Gebietsniveau könnte darauf hinweisen, daß diese Annahme zutrifft. Schließlich wäre auch die blanke Verfälschung der Ergebnisse möglich. Allerdings gibt es auf Gebietsebene etwa 50-60 Mitwisser (Mitglieder der Gebiets- und der Kreiswahlkommissionen), die sich politisch aus ganz unterschiedlichen Lagern rekrutieren. Daher scheidet diese Möglichkeit wohl aus.

Beurteilung der politischen Prozesse

Insgesamt ergaben sich für den Beobachter folgende Schlußfolgerungen: Im Vorfeld der Wahlen wurde sowohl bei der Kandidatenaufstellung als auch bei der Wahlwerbung manipuliert. Die Manipulation ging vorwiegend von der lokalen Administration aus, die dem Block "Unser Haus

³

Inter (Wolgograd), Nr. 51, 22.-28.1985, S. 1.

Rußland" bessere Wahlchancen verschaffen wollte. Die Art und Intensität der Manipulation war lokal unterschiedlich. Doch ging das in der Regel nicht weiter, als mitunter auch in demokratischen Staaten üblich. Der Vorgang der Abstimmung selbst war technisch gut organisiert und wurde - soweit zu beobachten - korrekt durchgeführt. Bei der Abstimmung und bei der Auszählung bis hinauf zu den Kreiswahlkommissionen war Öffentlichkeit gewährleistet. Eine Verfälschung der Ergebnisse auf dieser Ebene ist kaum möglich. Auf Gebietebene und darüber wäre aber eine Manipulation eher möglich, da die Öffentlichkeit hier weitgehend ausgeschlossen wurde. Sie könnte durch Addition anderer Wählergruppen (Streitkräfte-

gruppen, geschlossene Wahlbezirke, Russen in der GUS u.ä.) erfolgen. Allerdings bewegt sich diese mögliche Verfälschung in einem Rahmen von wenigen Prozenten.

Ohnehin sind die Prozentanteile der Parteien nicht von entscheidender Bedeutung. Denn die politischen Parteien sind letztlich für die Entwicklungen in der Region weniger von Gewicht als die großen Interessengruppen aus Wirtschaft, Handel und Finanzen. Die neuen politischen Parteien/Bewegungen sind vor Ort nur schwach verankert, ordnen sich mitunter auch anders ein als ihre zentralen Führungen in Moskau. So kandidierte der örtliche Chef der Gewerkschaften in Wolgograd auf der regionalen Liste Skokow/Lebed (und nicht auf der Liste "Gewerkschaften und Industrielle Rußlands" unter Schtscherbakow/ Schmakow/Wolskij). Die Wolgograder Sozialdemokraten ihrerseits unterstützten die lokalen Jabloko-Kandidaten und fanden für Popow und Lipizkij, die Spitzenvertreter auf der nationalen Liste der Sozialdemokratie, nur Worte der Verachtung. Vorgänge wie diese sind Symptome dafür, daß sich Politiker in den Regionen nicht ohne weiteres von ihren Moskauer Zentralorganisationen gängeln lassen, sondern ein an den spezifischen Interessen der Region (oder der Person) orientiertes Eigenprofil entwickeln.

Während bislang gelten konnte, daß für den Wahlerfolg einer Partei eher die charismatische Führungsfigur als die Organisationskraft den Ausschlag gab, sind solche Zusammenhänge heute nicht mehr eindeutig. Gewiß hat Shirinowskij seine Partei auch in Wolgograd hochgezogen (15,5%), doch blieb das Tandem Skokow/Lebed mit 4,3% weit hinter den hochgesteckten Erwartungen zurück. Doch hat sich die Relevanz des Verhältnisses von Führungsfigur und Organisation aber auch nicht umgekehrt. Sicher hat die breite Verankerung der KP ganz wesentlich zum Erfolg der Partei beigetragen. Bei den regionalen Organisationen der Agrarier (3,8%) und der Frauen Rußlands (3,9%), die aus Sowjetzeiten über vergleichbare Basis-Netzwerke verfügen, blieb dies jedoch ohne Wirkung. Möglicherweise deutet sich hier beim russischen Wähler die Bereitschaft und Fähigkeit an, sein Votum bewußter und gezielter als zuvor einzusetzen. Das starke Interesse an den Wahlen auch in privatem Kreise sowie die relativ hohe Wahlbeteiligung weisen in ähnliche Richtung.

Sandra Krüger/Hans-Henning Schröder/Heinz Timmermann